

Donnerstag den 28. März 1912

# Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt  
für Wahrheit, Recht und Freiheit

weiterhin täglich nachm., mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.  
Ausgabe A mit „Die Zeit in Wort und Bild“ vierzehntäglich  
2,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz  
Deutschland frei 2,58 M.; in Osteuropa 4,43 M.  
Ausgabe B ohne Illustrationen vierzehntäglich 1,80 M.  
In Dresden durch Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei  
2,22 M.; in Osteuropa 4,07 M. — Einzel-Nr. 10 M.

Aufsätze werden bei freipaläne entgegengestellt deren Raum aus  
20 M. Reklamen mit 60 M. die Zeile beiderseitig bei Lieferungen  
entsprechendem Raum.

Buchdruckerei, Redaktion und Verlagsstätte:  
Dresden, Blasiusstraße 43. — Zeitungsredaktion  
der Rückgabe auferlangt. Schriftstücke eine Verbindlichkeit.  
Redaktions-Sprechstunde: 11 bis 12 Uhr.



## Vollserziehung durch die Großstadtpresse.

Dresden, den 27. März 1912.

Staunend nimmt der Leser einer Berliner liberalen Zeitung Kenntnis von den politischen Sensationen der Gegenwart. Was sind Besuch des deutschen Kaisers in Wien und Budapest und seine Zusammenkunft mit den verbündeten Monarchen gegen diese gewaltigen Taten der Weltgeschichte, mit denen uns die Großstadtpresse bekannt macht. Man lese nur, was über den jüngsten Besuch des Kaisers in der französischen Botschaft zusammengeschrieben worden ist. Die Schauspielerin Provoist war bekanntlich gesunken, um in einem Einakter mitzuwirken. Man wurde sie von den findigen Reportern ausgefragt, und der Drath trug ihre Mitteilungen um den Erdball. Nach einem Berliner Blatt soll Fräulein Provoist gesagt haben:

Der hohe Herr habe sich mit den französischen Künstlern über Angelegenheiten des Theaters und der Mode unterhalten und über alle Pariser Tagesneigkeiten Bescheid gewusst. Er erklärte, er sei Anhänger der englischen Mode und sprach angeblich sein Bedauern darüber aus, daß die Mode jetzt wieder zu den weiten, fältigen Formen zurückzukehren scheine. Besonders entzückt ist Fräulein Provoist über das Lachen des Kaisers. Sie nimmt den Reporter auf dem Bahnhofsteig dieses Kaiserlichen Lachen in all seinen Stadien vor, was auf sämtliche Anwesenden einen tiefen Eindruck mache.

Kundtig wird dieser Unsinn von Tausenden gelesen und er macht wieder „tießen Eindruck“.

Über ein anderes Blatt kann noch nicht mitteilen über die Geheimnisse des Fräulein Provoist:

Sie erklärte, daß der Kaiser sich mit ihr und ihrer Schwester über eine Stunde lang unterhalten habe und war in tadellosem Französisch, daß er wie ein Akademiker sprach. Er sei ein geradezu bestrickender Mann! Er kenne nicht nur den „Chantecler“ auswendig, sondern sei überhaupt über alles informiert, was in der französischen Hauptstadt vorgehe. Am Schlusse verehrte der Kaiser den beiden Schwestern Provoist kostbare Armbänder, bestickt mit dreifarbigen Edelsteinen, Juwelen, Saphiren und Rubininen. Dagegen weigerte sich die Künstlerin entschieden, mitzuteilen, was der Kaiser mit ihr über Politik gesprochen habe, denn sonst könnten internationale Komplikationen entstehen, meinte sie lächelnd.

Solchen Unsinn darf man den Lesern der Großstadtpresse servieren. Und dies ist keine Ausnahme; jeder Tag liefert solche Blütenlese. Was wird einmal ein Historiker über die Geistesarmut der Zeitzeit sagen, wenn er in 100 Jahren solche Zeitdokumente findet aus der Mitte des „Stadt der Intelligenz“?

Aber man glaube ja nicht, daß bloß die bürgerliche liberale Presse an der Verfälschung der Wahrheit arbeitet; es hält die rote Presse mit dieser gleichen Schrift. Auch sie liefert ihren guten Teil zur Verdummung und Verdrehung der Massen. Einen hübschen Beitrag hierzu liefert der frühere rote Vizepräsident Scheidemann, der zu Ostern in Paris sprechen wird. Er publiziert Erinnerungen an seine frühe Präsidentenzeit. Der denkhaule Genosse sieht ja so gerne Erinnerungen an die Glanzperiode, als ein roter Genosse im Präsidenten des Reichstages ist. Der Memoirenreicher Scheidemann erzählt aus jener Heldenzeit den Seinen:

„Man hat mich beglückwünscht und verflucht. Einer hat mir geschrieben, daß ich und alle Juden aufzubängt werden müßten. Der Jungling hat mich für einen Juden gehalten. Einige offenbar fränkische Menschen, denen ich gute Besserung wünsche, haben Gedichte auf mich gemacht. Das hat mir sehr wehe getan. Allen anderen, die die Verse lesen, wird es nicht besser geben. Um feindlichsten hat es offenbar eine junge Dame mit mir gemeint. Sie erbat sich briefflich von mir eine Gefälligkeit; ich sollte ihr eine Dokschkenken, dann wollte sie mir auch gefällig sein...“ Dann erhielt ich aus Sachsen eine reizende Ballonmühle mit einer Aufschrift, die keinen Zweifel aufkommen ließ, daß sie wirklich für mich extra angefertigt worden war. Aus Stargard in Pommern schickte mir einer aus der zahlreichen Familie der Schulzen einen feuerroten Insolider, der vom Portier getragen, vor jedem Panoptikum, Klosterkirche oder ähnlichen Kunst- oder wissenschaftlichen Institut, berechnetes Aufsehen machen mußte. Inmitten meiner Raritäten nimmt er sich ein wenig zu trocken aus. Dann kommt mein „blütenweißes Hemd“ als Hauptstück in Betracht. Aber vielleicht ist es besser, von dem Hemd vorläufig zu schwärmen. Ich brauche ja schließlich meine Geschäftsgeheimnisse nicht zu verraten. Im Vertrauen gesagt: das Hemd war

gar nicht weiß, sondern zart bläulich und mit schwarzen Punkten besetzt. Bedauerlich ist es auf jeden Fall, daß ich meine politische „Richtung“ nicht so ausstellen kann, wie sie geschildert worden ist. Das gäbe eine Zugnummer ersten Ranges. Einer hat behauptet, daß ich in dieser Bezeichnung eigentlich ein unbeschriebenes Blatt sei. Herr Bassemann hat sein großes Ehrenwort verwandt, daß er mich für einen gemäßigten Revisionisten gehalten habe, von dem es hätte annehmen dürfen, daß er mit Wonne ein Kaiserhorn ausbringen werde... Einer, der mich offenbar schon in der Nähe gesehen hatte, der mir aber nicht wehe tun wollte, schreibt: ich hätte einen „etwas gelichteten Scheitel“. Das kann ich nun freilich nicht bestreiten; der Scheitel ist wirklich etwas gelichtet. Deshalb macht es mir auch einige Schwierigkeiten, den Scheitel immer richtig in die Mitte zu führen. Aber dieser Scheitel gehört ja, streng genommen, nicht zu den Raritäten. Ich werde als Erstplatzierte für eine meiner Sammlung die fünf verschiedenen Löckchen, die mir jungen Damen im besten Mannesalter „aus Liebe“ zugeschickt haben, einverleben...“

Empfänger und Absenderinnen sind einander wert und zwar ohne jede Einschränkung. Diese Memoiren machen die Runde durch die ganze rote Presse und werden wie eine neue Wahrheit hingenommen. Die Menschheit, die heute so furchtbar weit gekommen sein will, läßt sich von der Großstadtpresse am Gängelband führen, wie ein unmündiges Kind. Verflachung und Verfälschung sind die Folgen dieser leidigen Tatsache, und Charaktere werden immer mehr zu Raritäten.

Jedes Volk hat die Presse, die es verdient. Wenn es sich die Ungezogenheiten derselben gefallen läßt, ist es seine Schuld. Die Großstadtpresse arbeitet auf die Verküpfung ihrer Leser systematisch hin; sie verzichtet sie zur Denkfähigkeit und zu politischen Vapagien, die alles nachplappern. Sie verbildet den Geschmac der Leser auch in der Provinz. Ihre Presse folgt notgedrungen dem böser Beispiel, um der Großstadtpresse Paroli zu bieten. So wird der deutsche Leser allmählich durchleucht, läuft nur der Sensation nach und verliert den Geschmac an ernster Geistesarbeit, an gediegenen Artikeln, die in der guten Presse geboten werden. Diesem Geschmac trägt auch die moderne Presse Rechnung, denn die Artikel bestehen aus Klingendr. Phrasen, die sich flüssig lesen, aber gehätschlos sind und nichts sagen. Es ist fast notwendig, daß das Publikum in der Provinz anfängt, der Großstadtpresse einen gesunden Geschmac anzuziehen.

## Sammelt für ein Flugzeug Dresden!

Den lebhaftesten Anstrengungen unserer westlichen Nachbarn gegenüber, welche augenblicklich mit Heiterei zu einer großen Nationalspende für den Ausbau der französischen Luftflotte sammeln und schon über 2 Millionen Franken aufgebracht haben, führt in der letzten Woche gleiche Bemühungen auch in Deutschland erhoben. So sammelt man zum Beispiel in Frankfurt a. M., Heidelberg, Mannheim, sowie in Leipzig für Flugzeuge, welche den Namen dieser Städte tragen und den Kriegsministerium zur Verfügung gestellt werden sollen. In Frankfurt und Mannheim sind die erforderlichen Summen schon gezeichnet worden.

In den jüngsten Tagen hat bekanntlich auch der Landesverein Sachsen des Deutschen Luftfahrtvereins für das Königreich einen öffentlichen Aufruf zu einer Nationalspende für eine deutsche Luftflotte erlassen, der von der Presse dankenswerterweise die lebhafte Förderung erfuhr. Sowohl unsere Haupt- und Residenzstadt Dresden in Frage kommt, sollen die in ihrer Gemarke eingebundenen Siedler zu einem „Flugzeug Dresden“ verwendet werden, das anzunehmen das Kriegsministerium seine Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben hat. Auch der Oberbürgermeister Herr Geheimer Rat Dr. jur. u. Dr. ing. Beutler hat sich dieses Gedankens freudig angenommen und seine Förderung zugesagt.

Es würde im Auslande jedenfalls den nachhaltigsten Eindruck machen, wenn die großen Städte unseres deutschen Vaterlandes der Heeresverwaltung Flugzeuge zur Verfügung stellen und damit unseres Staates in die Lage seien würden, dem Gegner eine achtung gebietende und wohlaufende Luftflotte gegenüberzustellen. Es wird an die Dresdner Bevölkerung erneut die dringende Bitte gerichtet, ihre Scherlein reichlich fließen zu lassen.

Zur Annahme von Spenden haben sich bereit erklärt die Allgemeine Deutsche Creditanstalt, die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, Gebr. Arnolds, die Mitteldeutsche Privatbank, die Sächsische Bank und die Geschäftsstellen des Dresdner Anzeigers und der bürgerlichen Tageszeitungen.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, den 28. März 1912.

Der Staat der Reichspostverwaltung.

Nachdem die Brüsseler Zuckerkonvention in dritter Lesung noch kurzer heftiger Debatte angenommen wurde, ging es mit der Beratung des Poststaats weiter. Auf

die mehr als sonderbare Rede des Abg. Gubel folgte bereits eine großzügige Rede des

Centrumsabgeordneten Dössner.

Er hebt erst die Bedeutung der letzten Denkschrift der Postverwaltung hervor und geht im Anschluß an dieselbe auf die grohartige Entwicklung der Post ein. Er zollt der Arbeit aller Beamten hohe Anerkennung. Die Erhöhung der Post müsse die Sorge für das Personal erhöhen. Die guten Abschlüsse der letzten Jahre seien zurückzuführen auf die Reichsfinanzreform. Die hohen Nebenzölle der beiden letzten Jahre geben aber die Möglichkeit, die bei der Postordnung nicht erfüllten Wünsche durchzuführen. Redner geht auf diese näher ein und fordert besonders für die Postassistenten ein Gehalt von 1800 bis 3600 Mark (statt 3300 Mark) und die Posthoffnungen 1200 bis 1800 Mark (statt 1100 bis 1700 Mark). Die Arbeiter für die Schaffnerklasse müßten noch 10 Jahre etatmäßig angestellt werden. Die Pensionen der Altpensionäre sind entsprechend dem gejunkenen Geldwerte zu erhöhen. Die Arbeitszeiten des Postpersonals müssen zeitig geregelt werden; dabei sei mindestens eine bestimmte ununterbrochene Ruhezeit zu geben. Die Sonntagsruhe sei auszudehnen. Was man für das Personal mehr ausgeben müsse die Post selbst aufbringen; man dürfe keine neuen Steuern dem Volke auferlegen, um die Postbeamten höher zu bezahlen; das müsse die Post selbst abwerfen. Die Rechnungen müßten bei Bauten schneller vor sich gehen. Das mit der Handwerker sein Geld erhalten.

Staatssekretär Krätsch

versicherte die Beamten seines Wohlwollens; aber er dürfe die Überschüsse nicht unter seine Beamten verteilen. Die Postordnung habe einen gewissen Abschluß in die Aufbereitung gebracht; man könne die Postassistenten jetzt nicht allein herausgreifen. Die Civilianwärter sollen nach 10 Jahren in etatmäßig Stellen kommen; aber man könne nicht bestimmen, daß alle dann Schaffner würden; viele müßten Landbriefträger annehmen und dann doch länger bleiben. Die Arbeitszeit sei nicht erhöht worden; die Sonntagsruhe werde stetig ausgedehnt. Wenn man den Nachtdienst schon von 8 Uhr an 1½fach rechne, koste dies im Jahre 12 Millionen Mark mehr. So greift eine kleine Änderung tief in die Finanzen ein. Für die Postagenten lasse sich eine Pensionskasse nicht einrichten. Der Staatssekretär gab zu, daß mancher Unzug mit den Schiffsbrieften getrieben werde; aber man könne sie nicht entbehren und nicht mit höherem Porto beladen. Die Einnahme daraus würde eine geringe sein. Der Staatssekretär wünschte nicht, daß die Gemeinden Zuwendung zu den Postenposten geben sollen. Der konervative

Abg. Pauli-Hagenow

stimmt dem Abgeordneten Dössner in den meisten Fällen zu und tritt besonders dafür ein, das Land mit mehr Posteinrichtungen zu versehen. Gubel habe die Beamtenzahl nur aufzuheben verucht. Er halte es mit der Ehre eines Beamten unvereinbar, einem Sozialdemokraten die Stimme zu geben. Der nationalliberale

Dr. Beck

bekundete eine Reihe von Beamtenfragen, dann regt er die Bildung von Postassistenten an.

Präsident Dr. Kampf

teilt das Ableben des Alterspräsidenten Träger mit, das Hans erhebt sich zu Ehren desselben von den Blözen. Der Fortschrittler

Kiel

brachte einige Wünsche über Ausgestaltung des Postverkehrs vor (Weltpostkongress, Einheitsgewicht von 20 Gramm für Briefe, Einführung der 2-Pfennig-Postkarte, Aufhebung der Postfreiheit für Fürsten usw.).

Staatssekretär Krätsch

sann keine Ansicht auf Wiedereinführung des Ankunftsstempels machen. Der Weltpostverein werde monate Unstimmigkeit beiteilen. Der Post

Dr. Chlapowski

bringt Beiseiterungen über die Behandlung von Postsachen mit polnischen Adressen vor. — Am Mittwoch geht die Beratung weiter.

## Politische Rundschau.

Dresden, den 27. März 1912.

— Der Kaiser in Griechenland. Die „Hohenzollern“ ist mit dem Kaiser, dem Prinzen und der Prinzessin August Wilhelm, sowie Prinzessin Viktoria Luise an Bord Dienstag früh 7 Uhr, gefolgt vom Kreuzer „Nürnberg“, von Bremen abgefahren. Ihr nächstes Ziel war Griechenland, wo die Künste am Mittag erfolgte. Erzherzog Franz Ferdinand wartete dort mit der österreichischen Schlachtflotte. Als die „Hohenzollern“ in den Kanal Palana eintrat, feuerte die in Parade aufgestellte österreichische Schlachtflotte den Aufschalut. Nach überaus herzlicher Begrüßung zwischen dem Kaiser und dem Thronfolger, der sich auf seiner Yacht „Vorone“ eingeschiffte hatte, bezog sich der Kaiser mit Erzherzog Franz Ferdinand und Gefolge von Bord der „Hohenzollern“ an Land. Hier erwartete die Gemahlin des Thronfolgers, Herzogin Hohenberg mit ihren Kindern, sowie der Statthalter Prinz Hohenlohe und die Sparten der Behörden den

Kaiser, der der Herzogin die Hand schüttelte und sie sehr herzlich begrüßte. Auch die Begrüßung seitens des kaiserlichen Prinzen und der Prinzessinnen war sehr herzlich. Darauf stand Geschäftstafel in der Villa "Carmen" statt. Der Kaiser unternahm nachmittags mit den Thronfolger eine Automobilfahrt rund um die Insel. Darauf besichtigte er unter Führung Hagenbecks den Hagenbecker Tierpark, wofür sich der Kaiser sehr interessierte. Nach längerem Aufenthalt, als ursprünglich geplant, trat der Kaiser in bester Stimmung die Weiterfahrt nach Korsika an.

— **Ministerialdirektor Herz** vom Reichsschahamt gedankt um seine Entlassung einzutreten, da er bei der Beförderung übergangen worden ist. Im Reichsschahamt dient sehr wahrscheinlich ein neuer Direktorposten eingerichtet werden. Für diesen ist Geheimrat Reuschel in Aussicht genommen. Das Schahamt hat bisher nur zwei Abteilungen gehabt: Einnahmen- und Ausgabenabteilung. Nunmehr soll die Einnahmeverwaltung, die der jetzige Schahamtdirektor bisher verwaltet hat, geteilt werden: die Stempelsachen übernimmt Unterstaatssekretär Jahn und die Zölle erhält Geheimrat Reuschel. Im Reichstage dient diese Trennung Zustimmung finden.

— Die beiden neuen Armeekorps kommen nach Allenstein und Kolin. Die Pressemeldung, daß ein Armeekorps nach Saarbrücken komme, ist ganz ungut. Das 14. Armeekorps ist längst ganz in Baden; die ihm heute zuzählende 3. Division wird mit allen ihren Truppen ins Oberelsass verlegt.

— **Der neue Generalinspekteur.** Die neue Heeresvorlage sieht bekanntlich die Schaffung einer 7. Armeekorpsinspektion an der Westgrenze vor. Wie die "Tägliche Rundschau" hört, wird der kommandierende General des 3. Armeekorps v. Bülow nach Beendigung der Herbstmanöver, in denen er eine Armee kommandieren wird, unter Enthebung von seiner Stellung als kommandierender General, mit der neuen Armeekorpsinspektion betraut werden. General v. Bülow ist der Dienstälteste der kommandierenden Generäle und gilt als einer unserer fähigsten Truppenführer.

— **Geheimer Justizrat Albert Traeger**, Mitglied des Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses, ist am Dienstag auf Herzschwäche im Sanatorium Grunewald gestorben. Traeger, der im 82. Lebensjahr stand, vertrat den Reichstagswahlkreis Barel-Zeber. Als ältestes Mitglied des Reichstages hat er noch bei dem Zusammentreffen des Reichstags als Alterspräsident dessen Vorsitz geführt. 1874 trat er als Mitglied der freisinnigen Partei in den Reichstag, wo er seitdem mit einer kurzen Unterbrechung (1878–80) verschiedene Wahlkreise, zuletzt den oldenburgischen Wahlkreis Barel-Zeber, vertrat. Im preußischen Abgeordnetenhaus, dessen Mitglied er zuerst 1879 wurde, vertrat er einen Berliner Wahlkreis.

— **Alterspräsident des Reichstages** ist mit dem Tode Traegers das Zentrumsmitglied Prälat Vender geworden, der, gleichfalls 1830 geboren, Traeger nur wenige Monate an Alter nachstand. Dann folgen als älteste Mitglieder des Reichstages Fürst Radziwill (Pole), v. Carlsbad (Pole), Bebel (Soz.), Horn-Recke (Benz.), v. Oertzen (Reichsp.), Schwarz (Soz.), Graf Ranft (Kons.), Horn-Sachsen (Soz.).

— Das Entlassungsgesuch Bermuths will die "Tägl. Rundschau" immer mehr auf Einflüsse des Zentrums zurückführen. Ihr neuester Artikel verläßt nur zu offen den Insplator. Aber diese Behauptungen werden authentisch widerlegt durch die Mitteilungen des bayerischen Ministerpräsidenten Ehren. v. Hertling vor dem bayerischen Landtag am Freitag der vergangenen Woche. Danach ist die Erbschaftsteuer der Ministerversammlung gar nicht vorgelegt worden, sie hat überhaupt nicht zur Debatte gestanden. Nach Ansicht des bayerischen Ministerpräsidenten, der wir zu stimmen möchten, hat gerade das Festhalten des Bundesrates an Bermuths Grundsatze "Keine neuen Ausgaben ohne Deckung, keine Schuldenhöhle" Herrn Bermuths Geschäftsführung gerechtfertigt. Febr. v. Hertling sagte dann: "Der Rücktritt Bermuths kam uns allen vollständig überraschend. Seine schändbare Kraft dem Reiche zu entziehen lag keine Verantwortung vor." Man wird also von einem ernsteren sachlichen Konflikt zwischen Herrn Bermuth und dem Bundesrat nicht mehr sprechen können. Mit dem Reichstage hatte der Schatzkonservator auch noch keinen Konflikt, und wenn es ihm auch wohl sehr unangenehm war, daß man seine Kurs, Überschüsse zu verstehen und für schlechte Jahre in Reserve zu stellen, nur platonisch zu würdigen geneigt scheint, so ist ihm doch nicht verborgen geblieben, daß zu solchem Nachvölkern nur die harte Notwendigkeit angestellt der Wehrvorlage und der allgemeinen Abneigung gegen neue Steuern zwinge. Das Volk hätte es einfach nicht verstanden, daß man in einem Jahre neue Steuern schafft, in dem mehr als 220 Millionen Mark Überschüsse vorhanden sind.

— Eine schwere Niederlage Bassermanns brachte der lezte Sonntag, an welchem der nationalliberale Zentralvorstand in Berlin versammelt war. Mit Bassermann wurde der ganze linke Flügel der Partei geschlagen. Führmann blieb Sieger. Während sonst Bassermann stets einstimmig zum Führer gewählt wurde, erhielt er diesmal nur 79 Stimmen; 30 weiße Zettel wurden gegen ihn abgegeben. Noch unerfreulicher für die Richtung Bassermann gingen die Wahlen zum geschäftsführenden Ausschuß aus. Der Führer der Jungliberalen, Dr. Fischer, wurde überhaupt nicht wiedergewählt, ebenso unterlag Herr Dr. Stresemann. Von reaktionell liberaler Seite wurden Bedenken gegen die Unabhängigkeit des Herrn Dr. Stresemann laut, für den Fall, daß er den Geschäftsführerposten des Hansebundes übernehme. Obwohl Dr. Stresemann die Erklärung abgab, den Posten nicht annehmen zu wollen, fielen nur 39 von 112 abgegebenen Stimmen auf ihn. Zum Schlus wurde ein Antrag auf Aenderung des Parteistatuts angenommen, demzufolge "nur solche Vereine in die Partei aufgenommen werden sollen, die nicht einen eigenen Verband mit eigener Sparte bilden". Der Antrag läuft auf nichts mehr und nichts weniger als auf eine Hinausdrängung der Jungliberalen hinaus. Bassermann bekämpfte ihn daher aufs bestzte. Die Annahme erfolgte jedoch mit 63 gegen 43 Stimmen. Man scheint es mit der Abstimmung der Jungliberalen auch sehr eilig zu haben, denn ein weiterer Antrag verlangte, innerhalb 6 Wochen

die Einberufung eines Vertretertages vorzunehmen, der sich vornehmlich mit der geplanten Statutenänderung beschäftigen soll. Ob die Rechtsnationalberalen nach diesem Anlaß sich weiter sammeln werden, oder ob ihnen die Presse in den Rücken fällt, muß man erst abwarten. Bedeutsam bleibt immerhin die Ausschaltung der radikalen Elemente. Eigentlich müßte unter solchen Umständen Bassermann den Vorstoss in der Partei niederlegen, was er aber nicht tun wird.

— **Ein ungetreuer Genosse.** Die Angelehnheit des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Kinkel in Göppingen, der wegen mangelhafter und ungetreuer Ausführung seines Dienstes als Krankenkontrollent aus dem Dienste der Ortskrankenkasse in Göppingen entlassen worden ist, wurde nach der sozialdemokratischen "Freien Volkszeitung" der Aufsichtsbehörde beigegeben.

— **Großstadtbewindel.** "Schiedbank für Deutschland" nennt sich eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die mit 40 700 Mark Kapital in das Berliner Handelsregister eingetragen worden ist.

### Italien.

— **Der Krieg mit der Türkei.** Es scheint jetzt Tatsache zu sein, daß eine größere italienische Flottenabteilung sich im ägäischen Meer aufhält. Ein italienischer Kreuzer erschien am 25. März vor Beirut, entfernte sich aber bald wieder. Italienische Kriegsschiffe erschienen auch bei Seleukia gegenüber Syrien und in der Nähe von Mytilene. Der Norddeutsche Lloyd meldet aus Konstantinopel: Der deutsche Frachtauftrag hat die Nachricht von einer angeblichen Gefährdung der Dardanellen durch treibende Minen als erfunden bezeichnet.

### Frankreich.

— **Kriegsminister Millerand** soll beabsichtigen, noch in diesem Frühjahr eine umfassende Wehrvorlage als Antwort auf die deutsche in der Kammer einzubringen. Ihre Kosten sollen angeblich sechs bis achtundhundert Millionen betragen. Die neuen Rüstungen würden sich namenlich auf eine Vermehrung und Verbesserung der Artillerie und der technischen Truppen und auch der Flieger beziehen. Allerdings bildet Frankreich fast den letzten Resten schon jetzt aus, sodass eine Vermehrung der Truppenzahl so gut wie unmöglich ist.

— **Räuber und Mörder im Automobil** sind seit einigen Wochen der Schrecken für Paris. Vor kurzem wurde in der Straße Rue Ordener von diesen Banditen ein Kassenbot niedergeschlagen. Jetzt kommen dazu die neuen blutigen Attentate in Chantilly und Montgeron, die in ganz Frankreich Furcht und Schrecken verbreiten, um so mehr, da es nicht gelingt, auch die geringste Spur der Verbrecher zu entdecken. Die Polizei entfaltet eine fieberhafte Tätigkeit, doch ohne Erfolg. Das Telefon versagte wiederholt, so daß inzwischen die Räuber längst die Ortschaften passiert hatten, ehe Maßnahmen getroffen werden konnten. In dem Pariser Vorort Asnières dauerte es 35 Minuten, bis der Anschluß hergestellt war, obwohl behördlich Gespräche natürlich einer Vorzugsbehandlung unterliegen. Der Zug läuft aber bis Paris nur 10 Minuten; so war es zu spät. Die gesamte Presse widmet den Vorfällen nicht nur seitenslange Beschreibungen, sondern auch eingehende politisch-juristische und polizeiliche Würdigungen. In einem am Dienstag unter dem Vorsteher des Präsidienten der Republik abgehaltenen Ministerrat wurde beschlossen, bei der Kammer einen Kredit von ungefähr einer Million Frank nachzuholen, die zur Vermehrung der Gendarmerie sowie zum Ankauf von Automobilen bestimmt sind. Die Banken, welche schon anlässlich der Übersfälle auf mehrere Kassenboten Vorsichtsmaßnahmen angeordnet haben, beabsichtigen besondere Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz ihrer Zweigstellen zu treffen. Auch die Juweliere, welche durch die mitunterhöher Vermögenheit verübten Anschläge der Automobilbanditen sehr unruhig sind, beschäftigen sich mit dem Plan, besondere Schutzmäßigkeiten zu treffen.

### Großbritannien.

— **Das Unterhaus** hat den Vorschlag der Arbeiterpartei, in die Bergarbeiterbill einen Mindestlohn von 5 Schilling einzufügen, mit 326 gegen 83 Stimmen abgelehnt. — Die Arbeiterpartei beschloß zum Protest, daß die Regierung die Einführung der Mindestlohnsätze nicht annähme, gegen die dritte Lesung der Mindestlohnbill zu stimmen. — Die Konferenz der Grubenbesitzer und Bergarbeiter im Auswärtigen Amt am Dienstag dauerte nur fünf Minuten. Die schottischen Bergarbeiter verlangten 5 Schilling 9 Pence für die Arbeiter und 3 Schilling für die Burschen. Darauf zogen sich die Grubenbesitzer zurück mit der Bemerkung, daß die Arbeiter genug hätten.

### Rußland.

— Die Duma beriet am 26. d. M. den Antrag betr. die Zulassung der Frauen zur Advocatur. Der Regierungsvorsteher erklärte, die Regierung lehne es ab, eine Vorlage darüber auszuarbeiten. Die Redner der Opposition und des Zentrums widersprachen dem Regierungsvorsteher. Darauf wurde die Debatte vertagt.

### Aus Stadt und Land.

Dresden, den 27. März 1912.

— Zur Beratung des Volkschulgesetzes wurde in der außerordentlichen Deputation der Zweiten Kammer über den § 7 abgestimmt, der die Verpflichtung der Religionsbekennnisse behandelt. Da eine frühere Mehrheit die konfessionelle Trennung der Schule und der Schulgemeinde beschlossen hat, mußte dieser Paragraph nach der Regierungsvorlage im allgemeinen angenommen werden. Nur über die Möglichkeit dazu, daß Kinder der Minderheit die Schule der Mehrheit besuchen können, ist eine Abweidung des Wortlautes beschlossen worden. Bezüglich der Dissidentenfinden gab die Regierung die Erklärung ab, daß sie auf dem Entwurf bestehen bleiben müsse. Ein Antrag, der darauf hinausging, durch eine Ergänzung zum § 13 des Gesetzentwurfs eine Bestimmung zu schaffen, nach der die Schule der Minderheit in ihren Bildungszielen der allgemeinen Schule der Mehrheit wenigstens annähernd gleichkommen soll, fand keine Mehrheit, weil er nach Ansicht der Mehrzahl der Mitglieder nicht weit genug ging.

— **Ein Dekret an die Stände** betr. den Entwurf eines Gesetzes über Änderungen des Gesetzes für die Handels- und Gewerbeakademie ist soeben erschienen. Mit dem Gesetzentwurf beabsichtigt die Regierung nicht grundlegende Änderungen an dem gegenwärtig bestehenden Gesetz vorzunehmen; es sollen vielmehr nur einige Bestimmungen ergänzt werden, deren bisherige Fassung in der Praxis zu Bedenken Anlaß gegeben hat. Dem § 19 Absatz 1 soll folgender Satz angefügt werden: Unabhängig von dem Zeitpunkt der Einführung und Beitragshebung beginnt die Beitragspflicht mit dem Kalenderjahr, soweit aber das für begründende Verhältnis erst im Laufe des Kalenderjahrs eintritt, mit dem auf dieses Eintreten folgenden Monat. Sie endigt mit dem Schlusse des Monats, in dem das für begründende Verhältnis wegfällt. — Ferner soll hinter § 25 Absatz 1 als neuer Absatz 2 folgende Bestimmung eingefügt werden: Beschwerden über die Herausgabe zu Beiträgen für die Kammer und über die Höhe der Beiträge sind zur Vermeidung der Ausschließung binnen 3 Wochen bei der Kammer einzureichen. Diese Frist beginnt mit dem Tage der Bekanntmachung des Steuerzettels, und wo eine Bekanntmachung nicht erfolgt, mit dem Tage, an dem die Gemeindebehörde die Erhebung der Steuerzuschläge für die Kammer bekannt gibt. Diese Bestimmungen über den Lauf der Ausschlußfrist hat rückwirkendstrafe mit Ausnahme der Fälle, in denen schon ein Be schwerderverfahren bis zum 18. März 1912 abhängig gemacht worden ist.

— **Staatszuschüsse für Handelschulen.** Infolge einer Anregung der Handelskammer Bützow ersuchte die Handelskammer Leipzig als derzeitiger Vorort der sächsischen Handelskameras das Ministerium, in den Staatshaushaltplan für die Finanzperiode 1912 bis 1913 bedeutend höhere Mittel für die sächsischen Handelschulen einzustellen als bisher. Der in den Staatshaushaltplan für das Jahr 1910/11 eingestellte Staatszuschuß von 168 000 Mark hat sich als ungerechtfertigt erwiesen. Er bleibt hinter den tatsächlichen Auswendungen des Jahres 1909 zurück. Die gemeinsame Eingabe hatte den Erfolg, daß in den Staatshaushaltsetat für 1912/13 die Zuschüsse für die Handelschulen von 168 000 auf 200 000 Mark erhöht wurden.

— **Der 5. Verbandsitag des Vereinsverbandes sächsischer gebildeter Lehrer Deutschlands** findet vom 9. bis 11. April im Vereinshause statt.

— **Wetterprognose der Königl. Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden** für den 28. März: Bewölkung, wolbig, etwas fächer, zeitweise Regen.

— **Ihre Königliche Hoheit Frau Prinzessin Johanna** Georg bereiste am Montag, den 25. März, vormittags 1/2 Uhr in Begleitung ihrer Hofdamen Fräulein v. Schönberg die Prüfungen in der 4. kath. Bezirkschule, Schumannstraße 21, mit ihrem Besuch. Zur gleichen Zeit hatten sich eingefunden der hochwürdige Herr Bischof Dr. Schaefer und die Herren Prof. Kummer, Superior Fischer, Pfarrer Rudolph. Die städtischen Behörden waren vertreten durch die Herren Königl. Bezirkschulinspektor Oberschulrat Dr. Pfeiffer, Stadtschulrat Professor Dr. Leon und Stadtrat Dr. Matthes, Deputirte für das städtische Schulwesen. Vom kath. Schulcorps waren anwesend die Herren Klempnermeister Andersch und Lehrervertreter Adams. Die hohe Fr. u. von den Herren Direktor Bergmann und Superior Fischer in den Prüfungssaal geleitet, wurde vom Schulchor mit einem Chorlied sowie von einer Schullerin der 1. Mädchenklasse mit einem Blumenstrauß und entsprechendem Gedicht begrüßt. Die gerade im Examen stehende 5. Mädchenklasse (4. Schuljahr) sollte Prüfung in Biblischer Geschichte und Naturgeschichte. Mit Interesse nahm Ihre Königl. Hoheit auch Kenntnis von den ausgestellten Zeichnungen und Modelarbeiten und zeigte mehrere Mitglieder des Lehrkörpers durch huldvolle Worte aus.

— **Der Sächsische Verein zur Erhaltung der Sittlichkeit**, das Sächsische Landeskomitee zur Bekämpfung des Mädchenthalds und die Sächsische Bahnhofsmission boten gestern abend Röntgenstrahl 10 einen Vortrag, in dem Fräulein Reineck aus Berlin, Sekretärin der deutschen Bahnhofsmission, über die Gefahren der Fremde sprach.

— **Eine Drei-Millionen-Erbstift** ist der Stadt Dresden wiederum zugefallen. Der am 23. Februar hier verstorbene Privatmann Johann Edmund Vollard hat die Stadt Dresden zur alleinigen Erbin seines gesamten Vermögens eingesetzt mit der Bedingung, damit eine Vollsozial-Stiftung zu begründen. Die Erbbaustrate beträgt nach Abzug der ausgeführten Vermächtnisse circa 3 Millionen Mark. Vollard hat bestimmt, daß während der ersten drei Jahre nach seinem Tode die gesamten Zinsen zum Kapitale geschlagen werden sollen. Auch später soll so lange nur die Hälfte der Erträge des Stiftungsvermögens verwendet werden, bis dasselbe die Summe von 6 Millionen Mark erreicht hat. Der gesamte Ertrag soll in vier gleiche Teile zerlegt werden und zwar soll das erste Viertel zur Unterstützung von in Dresden geborenen oder seit mindestens 10 Jahren ununterbrochen daseinstwohnenden unverschuldetenweise durch Krankheit oder sonstiges Misgeschick in Notstand geratenen nicht mehr erwerbsfähigen Personen beiderlei Geschlechtes unter tonnlicher Verpflichtung des Gelehrten-, Künstler- und soliden Bürgerstandes in Beträgen von 400 bis 1200 Mark verwendet werden. Das zweite Viertel soll zur Gewährung von Unterstüttungen in Beträgen von 200 Mark abwärts or unverschuldetenweise oder durch Krankheit in Not geratenen Personen des Handwerker- und Kleingewerbestandes, sowie an würdige verschämte Arme beiderlei Geschlechts dienen. Das dritte Viertel soll zur Begründung von Freistellen im Bürgerhospital und im vereinigten Frauenhospital und das letzte Viertel zur Gewährung von Beihilfen und Unterstützungen an in Dresden und dessen Umgebung domiciliierende gemeinnützige Stiftungen und Wohltätigkeitsanstalten vermendet werden. U. a. soll auch den Ferienkolonien ein jährlicher Beitrag von je 2000 Mark gewährt werden. Die Verwaltung der Stiftung steht ausschließlich dem Rate zu.

— **Der Internationale Verein zur Bekämpfung der wissenschaftlichen Tier-**

Jolker hielt am 25. d. M. abends im Hotel "Palmen-garten" unter dem Vorsteher des Herrn Professors Dr. Jörster-Friedenau bei Berlin seine diesjährige Hauptveranstaltung ab. An der Hand eines historischen Rückblickes zeigte der Vorsitzende, in welcher Weise das Gebiet der Divisitionsbekämpfung sich allmählich bis zum gegenwärtigen Umfang entwickelt haben und in welcher Weise der Verein, der diese Tätigkeit schon über 32 Jahre ausübt, den Forderungen der Bekämpfung der wissenschaftlichen Tiefenforschung gerecht wird. Der Redner wies besonders auf die Gründung der medizinischen Facharbeitsstellen des Herrn Dr. med. Bohn-Halle hin und teilte mit, daß der Verein gegenwärtig eine Eingabe an den Reichstag vorbereite, in der um die Verstärkung seiner Forderungen gebeten werden soll. Weiter wies der Redner auf Grund einer Statistik auf die großen Verbrauchsmassen von Beischriften hin. Die größten Verbrauchsweise das Institut Pasteur in Paris auf. Anlässlich der Internationalen Hygiene-Ausstellung habe der Verein am 20. August eine große öffentliche Versammlung nach dem Vereinshaus einberufen, in der gegen die mit staatlicher Hilfe geförderte Divisition und die Parteilosigkeit der Leitung der Hygiene-Ausstellung Stellung genommen worden sei.

\* Der Reingewinn der städtischen Grundrenten- und Hypothekenanstalt beträgt nach einer Mittelung in der letzten Ratsitzung auf das Jahr 1911 82708,62 M. Diese Summe wurde dem Fonds zur Durchführung des Bebauungsplanes überwiesen.

\* Eine elektrisch angetriebene Straßenwaschmaschine soll nach einem Beschuß des Rates zum Preise von 18500 M. angekauft werden. Ferner hat der Rat beschlossen, einen Automobilsprenzwagen für 18500 Mark anzukaufen.

\* Der Bau eines Asyls für obdachlose Männer und eines Hauses zur vorübergehenden Unterbringung wohnungsloser Familien ist vom Rat infolge des Mangels an Kleinwohnungen und der außerordentlich gestiegenen Zahl der obdachlosen Familien in der letzten Sitzung beschlossen worden. Nach dem vom Hochbauamt aufgearbeiteten Plan sollen die beiden Gebäude zusammen auf einem der Stadtgemeinde gehörigen Grundstücke in Pieschen errichtet werden. In dem Asyl sind 106 Betten und in den übrigen Gebäuden Wohnungen für 62 obdachlose Familien je aus zwei Räumen bestehend vorgesehen. Die Ausführung der Planung erfordert einen Aufwand von 436 266,67 Mark.

\* Die Hauptversammlung des Vereins Volkswohl findet am 29. März abends 8 Uhr im Volkshaus, Königstraße 21, statt.

\* Der Ballon "Heyden III" des Königlich Sachsischen Vereins für Luftschiffahrt führte am Sonntag eine gelungene Tagesfahrt aus. Er stieg mit 4 Passagieren im Korb vormittags 9 Uhr 20 Min. in Weißig-Münchitz auf und flog in ruhiger Fahrt bis 1500 Meter Höhe nordwärts. Die Landung erfolgte glatt bei Wustermark im Regierungsbezirk Potsdam.

\* Für das Gordon-Bennett-Wettkampf der Lüfte, das am 28. April auf der Radrennbahn in Dresden-Reick stattfindet, gehen beim Königlich Sachsischen Verein für Luftschiffahrt zahlreiche Anmeldungen ein.

Annaberg, 26. März. Der 13-jährige Knabe Günther, der einer Frau beim Waschmangel half, wurde von der Rolle an einen Balken gedrückt, wobei ihm der Kopf und der Brustkorb zerquetscht wurden.

Böhla, 26. März. Die bekannte Sandsteinbrücke, die bei der Schmiede über den Bach führt, stürzte gestern, als eine 250 Zentner schwere Dampfstraßenwalze über sie hinwegfuhr, plötzlich ein. Die Walze blieb insgesessen im Bachbett stecken und konnte erst nach einigen Stunden wieder weiterfahren.

Buchholz, 26. März. Ein Margaretentag soll am dritten Ostermontag zum Besten der Fürsorge für arme Kinder und zum Besten eines Fonds für die Errichtung eines Bürgerhospitals veranstaltet werden.

Burgstädt, 26. März. Die Umwandlung in eine Gewerbeschule, die aus der bisher hier bestehenden Fachschule der Stellmacher-, Schmiede- und Schlosserinnungen gebildet werden soll, wurde nach einem Vortrage des Landtagsabgeordneten Bürgermeisters Dr. Roth in einer Handwerkerversammlung beschlossen.

Chemnitz, 26. März. Ein Raubanschlag ist auf der Wiesenstraße an einem 16-jährigen Weberlehrling verübt worden. Er trug einen Sac mit 200 Mark Wechselgeld, der ihm von zwei jungen Leuten entzogen wurde. Einer von ihnen warf dem Verantwortlichen Pfiffer in die Augen, während der andere den Sac an sich riss. Einigen Männern gelang es, einen Räuber festzuhalten und ihn verhaften zu lassen. Die beiden Diebe sind die Gebrüder Jungmann aus Chemnitz im Alter von 20 und 27 Jahren.

Chemnitz, 26. März. Einen eigenartigen Selbstmordversuch unternahm ein 52-jähriger Eisengießer, indem er sich auf der Theaterstraße unter einen mit Eisenstücken beladenen Wagen warf, um sich von ihm überschreiten zu lassen. Er wurde bewußtlos und schwer verletzt in das Stadtkrankenhaus gebracht.

Kirchberg-Stadt, 26. März. Auf der Lautenhofer Straße schaute heute vormittag das Pferd vor dem Geschäft des Gutsbesitzers Meyer aus Obercrinitz. Frau Meyer sprang ab und schlug dabei mit dem Kopfe gegen einen Baum, sodass sie sofort tot war. Ihr Sohn kam mit einer kleinen Verletzung am Arm davon.

Waldheim, 26. März. Bürgermeister Vogt ist nach langem Leiden an den Folgen einer Operation, die in Riesa ausgeführt wurde, verstorben.

Gaudensdorf, 26. März. Die Direktion des Königlichen Steinkohlenwerkes hat eine Bekanntmachung erlassen, nach der vom 1. April ab zahlreiche Arbeiter in höheren Wohnhäusern befördert werden sind. Ferner macht die Verwaltung bekannt, daß unter der Belegschaft die Ansicht verbreitet sei, bei den freiherrlich v. Bürgler Werken hätten Wohnerböschungen stattgefunden und bei dem Königlichen Steinkohlenwerk nicht. Die Wohnerböschungen, die das Bürgler Werk im Anfang dieses Jahres gewährt hat, hätten lediglich den Zweck verfolgt, die Höhe der hiesigen Löhne zu erreichen.

Zwickau, 27. März. Am Dienstag fand hier eine von etwa 1000 streitenden Bergarbeitern beläufige Versammlung statt, in der jedem Bergarbeiter zur Pflicht gemacht wurde, im Außstand zu verharren. Auf eine Anfrage von Seiten der Unorganisierten hinsichtlich der Unterstützung durch den Bergarbeiterverband wurde erwidert, daß der Hauptvorstand in diesen Tagen darüber Beschlüsse fassen werde. Dringend abgeraten wurde von der Rückzahlung der für die Pensionen gesteuerten Beiträge. Der Streik dauert unvermindert fort.

Zwickau, 26. März. Die Lage des Bergarbeiteraustands ist unverändert. Heute morgen blieben von 4634 Mann 2147, also 52,8 Prozent, der Arbeit fern, während gestern abend von 4188 Grubenarbeitern 2401 fehlten. Im Oelsnitz-Lugauer Gebiete ist auch keine Aenderung eingetreten. Gestern früh fuhren von 3775 Mann 1651 nicht an. Gestern mittag fuhren von 1645 Grubenarbeitern 897, also 54,5 Prozent nicht an gegen 47,3 Prozent tags zuvor.

Teply, 26. März. Der allgemeine Bergarbeiterstreik ist heute hier eingetreten. Das Streikgebiet erstreckt sich von Auffzig bis Kaaden, sowie auf das Falkenauer Revier. Im Streikgebiet werden starke Gendarmerieausgebote erwartet. Die Garnisonen Nordböhmen sind in Bereitschaft zum Ausmarsch. Die Ruhe wurde bisher nicht gestört.

## Wer?

von politischen Vorcommissen genau unterrichtet sein will, abonnieren sofort auf die Sächsische Volkszeitung. Bestellungen nimmt der Briefträger oder die Geschäftsstelle Dresden, Pölznicher Straße 43, entgegen.

### Gemeinde- und Vereinsnachrichten.

S Dresden. (Katholischer Gesellenverein.) Bis auf den letzten Platz war der große Gesellenhausaal gefüllt, als die Sängerkunft unseres Vereins am 18. März einen Konzertabend veranstaltete zum Besten des neuen Flügels. Dank, herzlichen Dank sagen wir allen denen, die durch ihr Erscheinen oder durch Ausschaltung der Lotterie das Werk mit fördern halfen. Besonders war es eine Freude für unsere Gesellen, zahlreiche Ehrengäste aus den hohen und höchsten Kreisen unserer katholischen Gemeinde begrüßen zu können. Vor allem gebührt aber der künftige Dank denen, durch deren tatkräftige Hilfe ein so genügsamer Abend gestanden kommen konnte. Deshalb sei herzlich gedankt zunächst Herrn Lehren Krause, der die Leitung der ganzen Veranstaltung glücklich übernommen hatte, und unter dessen Hand die Sängerkunft und das Orchester ihr Bestes boten. Dank sagen wir auch Fräulein Kunze-Concewitz, Herrn Opernsänger Heide, den Herren Lehren Straube, Bettel und Wagner, Herrn Hajel, Herrn Bischle sowie den Herren des Musikvereins "Harmonie" und des Gesellenvereinorchesters für ihre freundliche Mitwirkung. 170 Mark Reingewinn sind der klingende Erfolg des wohlgelungenen Abends. Der Sangsabteilung und ihrem jungen Dirigenten aber wünschen wir Glück zu dem schönen Erfolge und rufen ihnen zu: "Auf baldiges Wiedersehen!"

S Leipzig. Nach 20jährigem Verehen beabsichtigt der kathol. Junglingsverein Leipzig-Stadt am 25. August d. J. ein Banner weihen zu lassen und dies durch ein größeres Fest zu feiern. Alle verehrlichen kathol. Vereine Sachsen, die an der kathol. Jugendbewegung interessiert sind, werden bereits jetzt auf diese Veranstaltung hingewiesen und herzlich eingeladen mit der Bitte, bei Festtagung bzw. Ausführung des diesjährigen Arbeitsplanes auf die genannte Feier glücklich Rücksicht nehmen zu wollen. Insbesondere seien die verehrlichen Vereine Leipzig um glückliche Verstärkung im genannten Sinne gebeten. Seiner Zeit werden noch Einladungen mit genauerem Programm ergeben. — Donnerstag den 28. März abends 1/2 Uhr Vorstandssitzung. — Sonntag den 31. März Auszug. Abmarsch nachmittags 1/2 Uhr vom Gesellenhause. Rückkehr gegen 1/2 Uhr abends. Zahlreiche Beteiligung erwünscht!

### Kirche und Unterricht.

k Katholische Wiedertaufe bei Konvertiten und Stützung des konfessionellen Friedens. In der "Wartburg", dem sattsam bekannten Organ, liest man (Nr. 6, S. 53) folgende charakteristische Notiz:

"In Lukas (Ostböhmen) ist kürzlich die aus einer alt-evangelischen Familie stammende Gräfin Irena Swetlansky zur römisch-katholischen Kirche übergetreten. Die Aufnahme erfolgte durch den Bischof der Königgräber Diözese, Dr. Doubrawa. Wie klerikale Blätter berichten, hat die Uebertragung hierbei vier katholische Sakramente empfangen, nämlich Taupe, Beichte, Kommunion und Firmung. Es ist der Gipfel der Schäßigkeit, wenn nur der evangelischen Kirche zum Tort entgegen katholischer Lehre und Auffassung, selbst ein Bischof unter die Wiedertäufer geht."

Wahrlich, ein tollisches Bild: die "Wartburg" als Lehrerin eines katholischen Bischofs über katholische Lehren! Nun, wenn das Hebbelblatt Veselius weißt, wie es sich seinen naiven Lesern gegenüber den Anschein gibt, sollte es doch diesen sagen, daß katholischerseits eine bedingte Wiedertaufe dann vorgenommen wird, wo nicht die Sicherheit gegeben ist, daß seinerzeit die erste Taufe so gespendet worden ist, wie es der göttliche Heiland selbst vorgeschrieben hat mit den Worten: "Taufet . . . im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes." Doch aber in der evangelischen Kirche es vor kommt, daß nicht nach dieser Vorschrift getauft wird, weil die Betreffenden, die die Taufe vornehmen, nicht mehr an die göttliche Dreieinigkeit und die Gottheit Christi glauben, sollte das der "Wartburg" ganz unbekannt sein? U. A. w. g. — Dann aber tut die katholische Kirche in der bedingungsweisen Wiederholung der Taufe nur, was ihre Pflicht ist, ihr auferlegt von dem, der das Sakrament der Taufe selbst eingesetzt hat. Wir wollen der "Wartburg" eine Auflösung eines protestantischen Geistlichen ins Gedächtnis zurückrufen, die wir seinerzeit dem Herrn Dr. Lohmann vorhielten, als dieser Herr auf der Tagung des Evangelischen Bundes in Dortmund die katholische Kirche der Störung des konfessionellen Friedens beichuldigte mit Hinweis auf diese Wiedertaufen; wie

meinen die Auflösung, die im "Correspondenzblatt für die evangelisch-lutherischen Geistlichen Bayerns" im Jahre 1910 (Mai) zu lesen war:

"Am Abend des letzten Weihnachtsfestes erhielt ich aus Anlaß des Übertrittes eines Protestanten zur katholischen Kirche die Anfrage, ob einer meiner Vorgänger im hiesigen Pfarramt, der den Übergetretenen einst getauft hatte — er ist schon längst tot —, der orthodoxen oder lutherischen Richtung im Protestantismus angehört habe; im letzteren Falle werde die Taufe als gültig angesehen, im letzteren müsse sie wiederholt werden. Ein grimmiges Gefühl der Schmach erfüllte mich. Einem jeden halbwägs soliden Geschäftsträger traut man es zu, daß es die auf seinem Schild angegebenen Waren auch wirklich führt; unsere lutherische Kirche aber, die in ihrem Bekenntnis doch ein Ausabhängschild der von ihr gebotenen Güter besitzt, daß an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, hat dieses Vertrauen verloren! Wer hat die Schmach uns angetan? Die katholische Kirche nicht. Eine Taufe, die nicht im Namen des dreieinigen Gottes geschieht, ist keine Taufe!"

Es freut uns von der "Wartburg", wenn sie die Wiederholung der Taufe als einen "Tort der evangelischen Kirche" empfindet; denn dann wird sie doch nicht die Frage unterlassen, wer denn diesen Tort eigentlich der evangelischen Kirche antut! "Die katholische Kirche nicht" — sagt ganz richtig der soeben zitierte Gewährsmann; nein, das sind jene "christlichen" Theologen, die das Christentum drangegeben haben und recht menschliche Einfälle als Christentum ausgeben, welche die Taufe mit Formeln eigener Erfindung spenden, weil sie die große Zentralwahrheit des Christentums, die Gottheit Christi, nicht mehr behalten. An deren Adresse also mag die "Wartburg" ihre Klagen richten!

### Neues vom Tage.

München, 26. März. Der Münchener Polizeidirektor Tillmann, ein namhafter Kriminalist, ist nach 33 Dienstjahren zurückgetreten. Der Prinzregent hat ihm den Titel eines Polizeipräsidienten verliehen.

Köln, 26. März. Der 25jährige Bahnarbeiter Lechinsky ist auf dem Waggonbahnhof Bonn bei Königsberg zwischen die Räder zweier Wagons geraten und wurde vermaut.

### Telegramme.

S München, 27. März. Der Finanzausschuß der Kammer der Abgeordneten lehnte gestern mit allen gegen drei Stimmen den Artikel 1 des Lotterievertrages mit Preisen und damit den ganzen Entwurf ab.

London, 27. März. Die Beratung über die Mindestlohnbill wurde bis in die frühe Morgenstunde des heutigen Tages fortgesetzt. Schließlich wurde die dritte Lesung mit 213 gegen 48 Stimmen angenommen. Die Arbeiterpartei hat gegen das Gesetz gestimmt. Ramsey MacDonald erklärte, daß, wenn der Minimallohn von 5 Schilling in die Bill aufgenommen worden wäre, sie, wie er glaube, dem Streik ein Ende bereitet hätte. Jetzt aber könne er den Arbeitern nicht sagen, daß die Bill ihnen genügend bietet, um zur Arbeit zurückzuschreiten. Die Bill habe ihren Zweck verfehlt. Lloyd George warnte die Mitglieder der Arbeiterpartei ernstlich vor der Verantwortung, die sie durch die Zurückweisung der Bill auf sich nehmen, ohne zu wissen, welche Wirkung sie ausüben würde, oder ob sie nicht alles böte, was die Bergarbeiter verlangten. Nach verschiedenen weiteren Reden von Abgeordneten der Arbeiterpartei gegen das Gesetz wurde die Bill unter Hochrufen auf die Regierungspartei angenommen.

S London, 27. März. Gestern begann vor dem hiesigen Schwurgericht die Verhandlung gegen 126 Frauen, die am 1. März in London-Westend Fenster eingeschlagen hatten. Das Urteil lautete in verschiedenen Fällen auf 4—6 Monate Gefängnis.

Cohoi, 26. März. In einem Dorfe in der Nähe von Sausschaulak wurde von Kurden die neostanitische und lutherische Kirche zerstört und die Kirchendiener getötet.

Petersburg, 26. März. Der Kaiser hat die Verlängerung der Zisterzion ratifiziert.

Petersburg, 26. März. In einem Grenzort des Gouvernements Olonez haben 2 Soldaten der Grenzwache ihren Kommandeur erschossen.

Tanger, 27. März. Nach offiziellen Berichten aus Marakesch sind dort ernste Unruhen ausgebrochen. Mehrere Europäer verschiedener Nationalität sind verwundet und fünf Einwohner getötet worden.

Bluefield (Westvirginia). 27. März. Bis jetzt sind zehn Bergleute lebend geborgen und vier Leichen gefunden worden. Gibt die Rettung der übrigen eingeschlossenen Bergleute besteht wenig Hoffnung.

### Kunst, Wissenschaft und Vorläufe.

S Dresden. Hermine Röder und Lothar Wedner unterhielten Altkinder, bielen ihren Vortragsabend im bildgefüllten Altkinderhaus-Saal. Das himmungestalt geschmückte Podium machte einen anheimelnden Eindruck. Hermine Röder in entzückender Toilette in ihrer liebendsten Frauennammt, und Lothar Wedner, wurden herzlich begrüßt von den äußerst zahlreich erschienenen Freunden und Verehrern. "Weltumor" nannten die Altkinder ihre Zusammenstellung. Lothar Wedner läutete in ihrer besten Begrüßungsworten aus, daß sie nicht gedacht, die größte literarische Lektüre zu erheben, sondern sich bemühen wollten, ihrer Jubiläumsfeier herzlichst zu entsenden. Dieses Bestreben wurde von bestem Erfolge gekrönt, denn wir fühlen herzlich hat man gelobt. Das Programm war hierzu besonders gewählt. Hermine Röder entzückte in ihrer feingefüllten Vorlesungsweise aller Herzen (markant nur jenen die geistige Altkinderin etwas zu schnell) — und interessant war es jedenfalls, Lothar Wedner als "Solen" Romantiker kennen zu lernen; besonders wußte der Altkinder die charakteristische Satire auf Freude zu entlocken. Man hörte in Wechseltakt Dichtungen von Goethe, Lessing, Hebbel, Kleist, Bodenstedt, Heine, Fontaine, Oscar Wilde (Aboriginalen), Sterbaum, Böcklin, Biebel, Ulrich, Storm u. o. — Stechster Pfeiff, verbunden mit Blumen und Lorbeer dankte den Altkindern aufs verständlichste.

M. F. | Dresden. In vergangener Woche ging der von Frau Tangel-Schiff (Gävler) und Prof. Otto Schmid (Vorlag)

Laudaten in besseren Einbänden eingetroffen bei Heinrich Trümper. Dost. weil. Ihrer Maj. des Königs. Wm. Carola von Sachsen, Dresden-L. Ede Sporer. u. Spörer-Gasse, nahe d. 1. Poststelle. — Heinrich. 1866

veranstaltete Vortrag s. S. 9f.: „Das Klavier und seine Meister“ (Schwarze Str. 27, I.) zu Ende. Das überaus heftig aufgenommene Unternehmen bot in fünf Vorträgen vor Weltmeistern einen Überblick über die Geschichte der Klaviermusik und des Instrumentbaus, während fünf Vorträge nach Bekanntsein des Themas „Nationale Klaviermeist.“ behandelten, d. h. über die Entwicklung der Klavierschule in den italienischen und nordischen Ländern, wie in Italien, Frankreich, England und Amerika berichteten. Auf wiefreit gräuerliche Blätter hin wird der gesammte Katalog, der mit einem Dresden Kompositum gewonnenen Beauftragung schloß, in der nächsten Sonntagszeit mit teilweise verändertem Programm wiederholt werden.

## Aus der Geschäftswelt.

Nur auf einige Tage steht in einem der Schaufenster der bekannten Porzellan- und Kristallabteilung von Königl. Hoflieferant Carl Anhäuser, Dresden, König-Johann-Straße, ein Tafel-

Dresden: Reichsstr. 6 (Komb. 6), Preis -  
Viertont 4/-, Amtsd. 4, Preuß. 4 1/2, Ord. 3 1/2,  
Paris 9 1/2, Metz 4 1/2, Wien 5 Gros.

Die Stückzettel sind bei fest vergünstlichen Papieren gleich dem Jinsatz des betreffenden Effekts, bei Dividendenpapieren 40%, Genusscheine werden Stückzettel franco gehandelt.

**Deutsche Staatspapiere:**

Deutsche Reichsanleihe	8	81,20	G	81,20	G
do.	81 1/2	80 8	G	80 8	G
Deutsche Reichsschuld.	4	10 20	G	10 20	G
Sächsische 3% Rente	4	41 90	G	41 90	G
Sächsische Staatsanl.	8 1/2	96 0	G	96 0	G
Landesfult.-Rentschif.	8 1/2	91 50	G	91 50	G
Preuß. konst. Anleihe	8	41 00	G	41 00	G
do.	81 1/2	90 45	G	90 45	G
Dresd. Schatzscheine	4	59 80	G	59 80	G

**Stadt-Anleihen:**

Dresd. Stadtschild. 1898	8 1/2	91 70	G	91 70	G
do. 1900	8 1/2	91 75	G	91 75	G
do. 1910	8 1/2	92 80	G	92 80	G
do. 1910	4	99 50	G	99 50	G
Aussiger St.-A. (Kleinb.)	4	-	-	-	-
Bodenbacher Stadionl.	4	-	-	-	-
Karlshader Stadionl.	4	-	-	-	-
Chemnitzer St.-A. 1889	8 1/2	98 00	G	98 00	G
do. 1912	8 1/2	98 25	G	98 25	G
Glauchauer St.-A. 1908	8 1/2	98 00	G	98 00	G
Deutsche Pfand- und Hypothekenbriefe					
Rom.-St. d. Rgt. Sachsl.	8 1/2	94 30	G	94 30	G
do.	4	100 20	G	100 20	G
Grundst.-u. H.-A. Dresden					
Wldr. I u. II	4	100 00	G	100 00	G
do. VII	4	99 50	G	99 50	G
do. St.-Rt. S. I u. II	4	99 50	G	99 50	G
Landwirtsch. Pfanddr.	8	88 50	G	88 50	G
do.	8 1/2	90 95	G	90 95	G
Kauflicher Pfandbriefe	8 1/2	92 00	G	92 00	G
Kauflicher Kreditbriefe	8 1/2	90 80	G	90 80	G
Leipziger Hyp.-B. XII	4	99 20	G	99 20	G
Urg. Hyp.-B.-B. XII	4	99 30	G	99 30	G
Urg. Hyp.-B.-B. XII	8 1/2	94 10	G	94 10	G
Wittels. Pfandbrief. 1874	8 1/2	91 25	G	91 25	G
do. unbekannt 1912 VI	4	98 50	G	98 50	G
do. Grundr.-St. III	4	95 75	G	95 75	G

**Bank-Aktien:**

Bank. Papier-, Fabrik- u. Matz-Aktien	7	194,00	G	194,00	G
Leipziger Papierfabr.	11	166,00	G	166,00	G
Ver. Alteckschiffahrt.	10	46,50	G	46,50	G
Bank-Aktien:					
Allg. D. Cr.-A. Leipzig	7	62,00	G	62,00	G
Bank f. Brau-Industrie	6	84,00	G	84,00	G
Dresdner Bank	7 1/2	17,60	G	17,60	G
Mittelb. Privatbank	-	1,25	G	1,25	G
Östhauer Bank	6	112,75	G	112,75	G
Mittelb. Bodenbank	4 1/2	62,00	G	62,00	G
Sächsische Bank	8	155,50	G	155,50	G
Sächs. Bodencreditbank	7	-	-	-	-

**Papier-, Papierfabrik- und Matz-Aktien:**

Papier-, Papierfabrik- und Matz-Aktien	7	186,00	G	186,00	G
Leipziger Telephostal	7	197,00	G	197,00	G
Wendiger V.-Papierfabr.	7	-	-	-	-
Wahl. Sitz. A.-G.	7	-	-	-	-
Weissenborn. Papierfabr.	12	-	-	-	-

**Bankgesellschaft-Aktien:**

Bank für Bauten	7	2,25	G	2,25	G
Dresdner Baugeellschaft	7	81,00	G	81,00	G
Wollkienefabrik- und Metall-Industrie-Aktien					
Zimmermann	6	67,00	G	67,00	G
Brüder. Webs. M. Haber.	6	60,00	G	60,00	G
Do. Gasm.-Fabr. Hölle	11	161,75	G	161,75	G
Carl. Daniel. A.-G.	14	278,50	G	278,50	G
Wauzhammer	14	86,00	G	86,00	G
Leinz. Werks.-Masch.	20	-	-	-	-

**Bank für Bauten:**

Bank für Bauten	7	2,25	G	2,25	G
Dresdner Baugeellschaft	7	81,00	G	81,00	G
Wollkienefabrik- und Metall-Industrie-Aktien					
Zimmermann	6	67,00	G	67,00	G
Brüder. Webs. M. Haber.	6	60,00	G	60,00	G
Do. Gasm.-Fabr. Hölle	11	161,75	G	161,75	G
Carl. Daniel. A.-G.	14	278,50	G	278,50	G
Wauzhammer	14	86,00	G	86,00	G
Leinz. Werks.-Masch.	20	-	-	-	-

**Bankgesellschaft-Aktien:**

Bankgesellschaft-Aktien:					
Bank für Bauten	7	2,25	G	2,25	G
Dresdner Baugeellschaft	7	81,00	G	81,00	G
Wollkienefabrik- und Metall-Industrie-Aktien					
Zimmermann	6	67,00	G	67,00	G
Brüder. Webs. M. Haber.	6	60,00	G	60,00	G
Do. Gasm.-Fabr. Hölle	11	161,75	G	161,75	G
Carl. Daniel. A.-G.	14	278,50	G	278,50	G
Wauzhammer	14	86,00	G	86,00	G
Leinz. Werks.-Masch.	20	-	-	-	-

**Bankgesellschaft-Aktien:**

Bankgesellschaft-Aktien:					
Bank für Bauten	7	2,25	G	2,25	G
Dresdner Baugeellschaft	7	81,00	G	81,00	G
Wollkienefabrik- und Metall-Industrie-Aktien					
Zimmermann	6	67,00	G	67,00	G
Brüder. Webs. M. Haber.	6	60,00	G	60,00	G
Do. Gasm.-Fabr. Hölle	11	161,75	G	161,75	G
Carl. Daniel. A.-G.	14	278,50	G	278,50	G
Wauzhammer	14	86,00	G	86,00	G
Leinz. Werks.-Masch.	20	-</td			



die öffentliche Ordnung oder Sittlichkeit gefährdet wird oder wenn Steuer- und Armenzaken verhandelt werden. Die Verhandlungen dürfen in keinem Raum stattfinden, der zu gleicher Zeit als öffentlicher Schauspielraum benutzt wird. Der Gemeinderat ist verpflichtet, eine Geschäftsordnung aufzustellen und, soweit dies nach den örtlichen Verhältnissen ohne übermäßige Kosten möglich ist, ein besonderes Sitzungszimmer zu beschaffen.

Abg. Kleinheimpel (Nat.) erklärt sich namens seiner Fraktion im allgemeinen mit dem Entwurf in seiner jetzigen Fassung einverstanden. Vielleicht hätte die Regierung noch etwas weitergehen und der Landgemeindeordnung überhaupt eine neue Fassung geben können. Der Redner stellte noch einen Zuschantrag zu den Bestimmungen über die Wählbarkeit in die Gemeindevertretung und äußert noch verschiedene Wünsche zu den einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfs.

Staatsminister Graf Bütthum v. Edstädt gibt die Erklärung ab, daß die Staatsregierung gegen die Annahme des Antrages des Abg. Kleinheimpel keine Bedenken habe. Es sei selbstverständlich, daß einer Landgemeinde, welche die Brandversicherungsbeiträge einzuziehe, auch die vollen Gebühren überlassen bleibe. Den Amtshauptmannschaften müsse das Recht der Beanstandung der Geschäftsordnungen zugesprochen werden.

Abg. Röhlische Dresden (Soz.) bemerkt, daß eine grobe Abneigung gegen Verbesserungen auf dem Gebiete der Gemeindegesetzgebung vorhanden sei. In dem Gesetzentwurf seien zahlreiche Verschlechterungen angebracht worden, denn auch die Regierung scheine zu versagen, wenn es gelte, Gesetze zu regeln, welche die Interessen der Gemeindemitglieder vertreten sollen.

Bei der Zusammenfassung der Kammer hätte er doch wenigstens einen kleinen Fortschritt im dem Gesetzentwurf erwartet. Das sei aber nicht der Fall. Wo wirklich ein kleiner Fortschritt vorhanden sei, so werde er wieder aufgehoben durch ein-

schiedende Verschlechterungen. Die Landgemeinden hätten zwar eine größere Selbstständigkeit erhalten, doch nur unter der Bedingung, daß das Wahlrecht beschnitten worden ist.

Durchdurch werde der Einfluß der Einwohner auf die Gemeindeverwaltung sehr eingeschränkt. Überhaupt ermögigte der Gesetzentwurf Wahlrechtsverstümmelungen, die den Fortschritt der größeren Landgemeinde beeinträchtigten.

Der Redner kritisierte im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen den Entwurf im absäßigen Sinne und hob

als einzige Verbesserung die Bestimmung hervor, daß die Gemeinderatsitzungen öffentlich abgehalten werden müssten.

Aus dem Entwurf gehe das Bestreben hervor,

den großen Steuersahlern in den Gemeindeverwaltungen die Herrschaft zu sichern.

Abg. Schönfeld (Konf.) spricht gleichfalls die Anträge der Deputation eingehend und hält eine entsprechende Vertretung in den Gemeindeverwaltungen nach den Steuerleistungen für recht und billig. Den Gründen des Abg. Röhlischen, der gerade das Gegenteil wünsche, fände er nicht zustimmen. Er und seine politischen Freunde seien jedoch mit der Bevorzugung großer gewerblicher und industrieller Ansägen bei der Berufung in die Gemeindevertretungen nicht einverstanden.

Abg. Brodaus (F. Wp.) erkennt an, daß der Entwurf in der Deputation verschiedene Verbesserungen er-

fahren habe. § 30 sei für ihn und seine politischen Freunde unannehmbar. Im übrigen würden sie für den Entwurf stimmen.

Präsident Dr. Vogel gibt hierauf eine Anzahl Zuschanträge zu dem Entwurf bekannt, die besonders von der linken Seite des Hauses eingegangen waren und von hier aus auch unterstützt wurden.

Abg. Röhlische Leipzg. (Nat.) bemerkt, daß das neue Gesetz in den beteiligten Landgemeinden keine große Freude auslösen werde. Es sei nur ein Notbehelf und der Gesetzentwurf sei von den verschiedensten Seiten des Hauses bemängelt worden. Die großen Landgemeinden ständen auf dem Standpunkte, das infolge der geringen Änderungen eine Neubearbeitung des Gesetzes überhaupt nicht notwendig gewesen sei. Die hauptsächlichsten Bestimmungen seien schon jetzt in den Landgemeindeordnungen vorhanden und würden hier nur durch Staatsgesetze festgelegt. Gedenfalls seien die meisten Erwartungen enttäuscht worden. Erwünscht sei ihm eine Erklärung der Regierung, welche Stellung sie gegenüber den Wünschen der Landgemeinden bezüglich der Erlangung des Stadtrechtes einnehmen. Bis jetzt habe die Staatsregierung vor den Großstädten stets kapituliert. Man dürfe nicht gar so ängstlich mit der Verleihung des Stadtrechtes sein und die Regierung habe die Pflicht, nicht nur die Starken, sondern auch die Schwächeren zu schützen. Er hoffe, daß sich die Staatsregierung den Wünschen der großen Landgemeinden nicht mehr wie bisher entgegenstelle.

Abg. Heymann (Konf.) wünscht eine Erklärung des Wortes "selbstständig" und äußert gleichfalls noch mehrere Wünsche zu den einzelnen Bestimmungen des Entwurfs. Weiter wandte er sich gegen die Ausführungen des Abg. Röhlischen und besprach dann verschiedene zu der Vorlage eingegangene Anträge.

Nachdem der Abg. Barth (Konf.) für die Interessen der kleinen Landgemeinden eingetreten war und sich Abg. Uhlig (Soz.) nochmals zu dem Gesetzentwurf im Sinne seiner Partei geäußert hatte, war die Generaldebatte erschöpft und die Kammer trat in die Abstimmung über die einzelnen Paragraphen des Gesetzentwurfs ein. Dieselben wurde teils einstimmig, teils gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen angenommen. Die letzteren stimmten u. a. gegen die oben wiedergegebenen Bestimmungen über die Zahl der Gemeindeältesten und Gemeindevertreter und über die Bildung von Klassen der anfänglichen und unanfänglichen Gemeindemitglieder.

Bei der Frage der Befähigung der Wahlen an den Sonntagen entspann sich eine kurze Debatte, in der Staatsminister Graf Bütthum v. Edstädt darauf hinweist, daß der Wahl an den Sonntagen gesetzlich nichts entgegenstehe. Wenn die Gemeindebehörden in bezug auf den § 8 des Gesetzes vom 10. September 1870 die Wahlen an einem Sonntage ablehnen sollten, so sei dies unzulässig. Abg. Dr. Roth (F. Wp.) vertritt die Meinung, daß die Wahlen nur dann an den Sonntagen vorgenommen werden könnten, wenn sie als dringende Notwendigkeit anerkannt würden, worauf Staatsminister Graf Bütthum v. Edstädt unter großer Heiterkeit des Hauses konstatiert, daß die Ansicht des Abg. Dr. Roth irrig sei.

Eine weitere Debatte folgte noch bei der Beschlussfassung über die Strafbestimmungen, gegen die sich der

Abg. Uhlig (Soz.) wandte, während der Abg. Dr. Schanz (Konf.) für diese Bestimmungen eintrat, worauf ihm von der linken Seite des Hauses das Wort "Polizeipolisch" zugerufen wurde. Präsident Dr. Vogel rügte diesen Ausdruck.

Auch die weiteren Paragraphen wurden meist einstimmig angenommen, ebenso schließlich der Gesetzentwurf selbst mit den von der Deputation beschlossenen Änderungen. Weiter stimmte die Kammer auch noch einige Sonderanträge der Deputation zu und erklärte ihr Einverständnis damit, daß eventuell noch einzelne rein redaktionelle Änderungen vorgenommen werden können. Die zu der Angelegenheit eingegangenen Petitionen ließ die Kammer, soweit sie nicht durch die gefaßten Beschlüsse erledigt sind, auf sich beruhen, ebenso auch die Petition des Verbandes der Haus- und Grundbesitzervereine der Vororte Leipzigs, die gleichfalls durch die gefaßten Beschlüsse resp. durch den Gesetzentwurf erledigt waren.

Der Zuschantrag Kleinheimpel wurde nach einer kurzen Debatte einstimmig angenommen, dagegen wurden sämtliche von sozialdemokratischer Seite gestellten Zuschanträge gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion, teilweise auch gegen diejenigen der freisinnigen, abgelehnt.

Nächste Sitzung: Mittwoch vormittags 12 Uhr. Tagesordnung: Petitionen und Schlußberatung über den Gesetzentwurf über die Reichswertzuwachssteuer.

Nächsten Donnerstag gelangt voraussichtlich der Antrag des Abg. Biener und Genossen betr. die Vergebung von öffentlichen Arbeiten und nächsten Freitag der Gesetzentwurf betr. die Erhebung von Beiträgen für die Handels- und Gewerbeämter, sowie die nachträgliche Regierungserklärung zu dem Antrage Döhler und Genossen betr. die Feuerbestattung zur Veratung, worauf sich das Haus bis zum 15. April verlängert wird.

### Spieldaten der Theater in Dresden.

Röhlische Opernhaus.

Donnerstag: Lobengrin. Anfang 7 Uhr.

Freitag: Gefangen.

Röhlische Schauspielhaus.

Donnerstag: Judas. Anfang 1/28 Uhr.

Freitag: Die Erziehung zur Ehe; Lotteins Geburtstag. Anfang 1/28 Uhr.

Meffersches Theater.

Donnerstag: Gazette. Anfang 8 Uhr.

Freitag: Heimliche Liebe. Anfang 8 Uhr.

Zentraltheater.

Donnerstag und Freitag: Das Puppenmädel. Anfang 8 Uhr.

Vollschwab-Theater. Oktar-Alle, Angona, Cabarettaghe.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: Die goldene Sans; abend 8 1/2 Uhr: Der Vollschwab.

Konzerte.

Röhl. Philharmonie. Anf. 1/29 Uhr. Kabarett Chat noir.

Barbier.

Viktoria-Salon. Anf. 8 Uhr. Röhl. Schauspielhaus. Anf. 1/28 Uhr.

Tivoli-Kabarett. Anf. 1/29 Uhr. Münchensche Bühne. Anf. 8 Uhr.

Spieldaten der Theater in Leipzig.

Neues Theater. Donnerstag: Rose. Freitag: Götterdämmerung. — Altes Theater. Donnerstag: Die schöne Helena. Freitag: Klein Wolf. — Schauspielhaus. Donnerstag: Anna Karenina. Freitag: Der Fall Clemenceau. — Neues Operettentheater (Central-Theater). Täglich abends: Eva. Sonntag nachm. Eva.

— 302 —

„Ich gestatte Ihnen, mitzufahren, aber nicht gerade bis Pretoria . . .“  
„Ich fange an, zu begreifen.“

„Der Zug passiert Middelburg als Eiszug; einige Meilen vor Pretoria indessen werde ich Ordre geben, weniger schnell zu fahren. Sie benutzen die Gelegenheit, den Zug zu verlassen und fahren dann zu Fuß die Stadt zu erreichen.“

„Einverstanden, Herr Rittmeister! Hier, meine Hand! Ich habe es ja immer gefragt: Sie sind nicht nur ein vorsichtiger Mann, Sie sind auch ein Mann, der sich zu helfen weiß . . .“

„Das hat mir schon mancher gefragt, Herr Clipom . . .“

30.

Der Transport der Diamanten und des Kriegsgefangenen vollzog sich genau so, wie Sir Austin William Bolton es angeordnet hatte.

Gegen acht Uhr abends trat die Eskorte ihren Marsch an. Die Nacht war schon vollständig hereingebrochen und der Detektiv freute sich der Dunkelheit.

Der Rittmeister hatte ihm erzählt, mit welch lebhaftem Interesse der sogenannte Harry Smith den Inhalt des Handkofferchens im Augenstein genommen hatte und der verehrte Herr Simpson schloß daraus, daß der Vicomte sich über den ihm bekannten Clergyman, über den oft geschehenen Umschlag und den plötzlich auftauchenden War-Korrespondenten seine eigenen Gedanken mache. Wie traurig, daß dieser Handkoffer bei den Banden zurückgeblieben war!

Aber Simpson war eine viel zu praktische Natur, um seine Zeit mit zugelassenen Grübeleien zu verbringen.

Er sagte sich, wenn wirklich die Bibel und die Brille ihn verraten hätten, so handele es sich jetzt vor allem darum, dem Vicomte aus dem Wege zu gehen, damit dieser nicht etwa den falschen Reporter demunziere!

Nicht, als hätte der Detektiv den Banditen gefürchtet, hätte er doch auch seinerseits von dem Vicomte Geschichten erzählen können, die dessen Geschick nicht eben beneidenswert gestaltet haben würde, heute aber wünschte er ganz besonders, sich das Vertrauen des ehrenwerten Herrn Bolton, dem seine Erfolge zu Kopfe zu steigen begannen, zu erhalten.

Simpson wußte es dem Offizier daher ganz unbeschreiblich Dank, daß er die Nacht abwarte, ehe er aufbrach. In einen langen Mantel gehüllt, ritt er an der Seite des Offiziers an der Spitze des Zuges dahin.

Direkt hinter ihnen her kam der Lederauf mit den Diamanten. Er war vorsichtig auf den Rücken eines Pferdes geschmärt, daß ein Dragoner am Bügel führte.

Dann folgten die übrigen Dragoner mit dem Gefangenen in der Mitte. Simpson hatte allen Grund, zu hoffen, daß der Vicomte seiner nicht anständig werden würde.

Einige Minuten vor Mitternacht langte der Zug bei dem Bahnhofe von Ludwigslust an.

Schon stand der Zug zum Abfahren bereit. Er bestand aus der Lokomotive und zwei Wagen.

Abg. Uhlig (Soz.) wandte, während der Abg. Dr. Schanz (Konf.) für diese Bestimmungen eintrat, worauf ihm von der linken Seite des Hauses das Wort „Polizeipolisch“ zugerufen wurde. Präsident Dr. Vogel rügte diesen Ausdruck.

Auch die weiteren Paragraphen wurden meist einstimmig angenommen, ebenso schließlich der Gesetzentwurf selbst mit den von der Deputation beschlossenen Änderungen. Weiter stimmte die Kammer auch noch einige Sonderanträge der Deputation zu und erklärte ihr Einverständnis damit, daß eventuell noch einzelne rein redaktionelle Änderungen vorgenommen werden können. Die zu der Angelegenheit eingegangenen Petitionen ließ die Kammer, soweit sie nicht durch die gefaßten Beschlüsse erledigt sind, auf sich beruhen, ebenso auch die Petition des Verbandes der Haus- und Grundbesitzervereine der Vororte Leipzigs, die gleichfalls durch die gefaßten Beschlüsse resp. durch den Gesetzentwurf erledigt waren.

Der Zuschantrag Kleinheimpel wurde nach einer kurzen Debatte einstimmig angenommen, dagegen wurden sämtliche von sozialdemokratischer Seite gestellten Zuschanträge gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion, teilweise auch gegen diejenigen der freisinnigen, abgelehnt.

Nächste Sitzung: Mittwoch vormittags 12 Uhr. Tagesordnung: Petitionen und Schlußberatung über den Gesetzentwurf über die Reichswertzuwachssteuer.

Nächsten Donnerstag gelangt voraussichtlich der Antrag des Abg. Biener und Genossen betr. die Vergebung von öffentlichen Arbeiten und nächsten Freitag der Gesetzentwurf betr. die Erhebung von Beiträgen für die Handels- und Gewerbeämter, sowie die nachträgliche Regierungserklärung zu dem Antrage Döhler und Genossen betr. die Feuerbestattung zur Veratung, worauf sich das Haus bis zum 15. April verlängert wird.

**S**i  
nig  
zogen täglich nach  
Abgabe A mit „D  
2.10 A. In De  
Deutschland sind  
Abgabe B ohne W  
In Dresden durch  
Kauf 2.20 A; in

### Warum

Diese Frage haben, als sie jah  
völlig zu einer S  
gibt aber der C  
können beobachte  
lebhaft mit den E  
wie sie sozusagen  
Standpunkte aus  
vielviel der jüngs

Die Kölner

internationalen C

ipondenz aus Pe

die Gimmeque

Posten wird da d

ichtigt. Ein Ta

durchweg Ackerb

Grundstener die

noch tatsächlich in

den fann, wie ei

Republik erhoffte

Correspondent m

vielviel gewisserm

Steueramt aner

Post ist die Salz

eingeschäft wird.

Es handelt sich

der Salzstelle,

joll, meint der S

Weiter bildet

Er ist mit 50 M

quellen hinzugez

des chinesischen

Walden beliebe

ja 340 Millionen

Die Republi

Ch'na etwas er

ihre Söhner ein

dahon haben. Die

Anleihe habe in

hole eine Abne

kontrolle steht.

großen Beträgen